

Einordnung der aktuellen energiepolitischen Entwicklungen für Schleswig-Holstein durch den Landesverband Erneuerbare Energien (LEE SH)

Sehr geehrte Bundestagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein,

als LEE SH sind wir Teil der Erneuerbaren-Verbändefamilie unter dem Dach des Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE). Wir vertreten auf Landesebene die schleswig-holsteinische Branche sowie die Interessen der Branchenverbände des BEE, des Bundesverbands WindEnergie (BWE), des Fachverbands Biogas (FvB) und ihrer Mitglieder. Als Landesverband ist es auch unsere Aufgabe, die schleswig-holsteinische Perspektive auf die Energiepolitik des Bundes einzubringen.

Die Weichenstellung für die zweite Halbzeit der Energiewende erfolgt jetzt

Die Energiewende ist nicht zuletzt durch externe Ereignisse im Mittelpunkt vieler öffentlichen Debatten. Ein Thema, das allein schon aufgrund seiner Größe und Komplexität mit hohem Sachverstand und Expertenrat begleitet werden muss. Besonders wichtig für solche Transformationsprozesse ist eine gemeinsame Zielsetzung der beteiligten Akteure. Planungssicherheit ist eine unverzichtbare Grundlage, um die notwendigen Investitionen zu stemmen. Mit der anstehenden Reform des EEG sowie dem angekündigten Netzpaket, der Kraftwerkstrategie und einer Neuregelung des Gebäudemodernisierungsgesetzes stehen gleich vier wichtige Weichenstellungen in den nächsten Monaten auf der Agenda. Es besteht somit die Möglichkeit im laufenden Transformationsprozess an den Stellen regulatorisch zu optimieren, wo dies wirklich notwendig ist und einen verlässlichen Rahmen für die zweite Halbzeit der Energiewende zu gestalten. Die bisherigen Signale durch veröffentlichte Gesetzesentwürfe und Eckpunkteapiere aus dem BMWi deuten nicht in diese Richtung.

Abwarten, Verzögern, Verschieben ist immer die teurere Option

Es ist nicht verwunderlich, dass wir in der öffentlichen Debatte neben der hohen Zustimmung auch alle der Transformationsforschung bekannten Widerstände beobachten können. Es ist nachvollziehbar, dass Sie in ihrer politischen Arbeit mit den Sorgen und Ängsten der Bürger konfrontiert werden. Diese Stimmen sind jedoch häufig auch die lautesten. Umfragen belegen, dass die Mehrheit der Deutschen sich ganz klar für einen forcierten Ausbau der Erneuerbaren ausspricht¹. Daher darf die Antwort auf die Widerstände keinesfalls eine Verlangsamung der Energiewende oder ein Verschieben der Klimaschutzziele sein. Die Suggestion, das dadurch irgendetwas einfacher, billiger oder besser werden würde, ist schlichtweg falsch. Vielmehr werden die Transformationskosten absolut höher anzusetzen sein.

¹ Quelle: ZDF Politbarometer April 2026 (<https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/zdf-politbarometer-april-2026>)

Die internationalen Märkte haben längst pro Erneuerbare entschieden

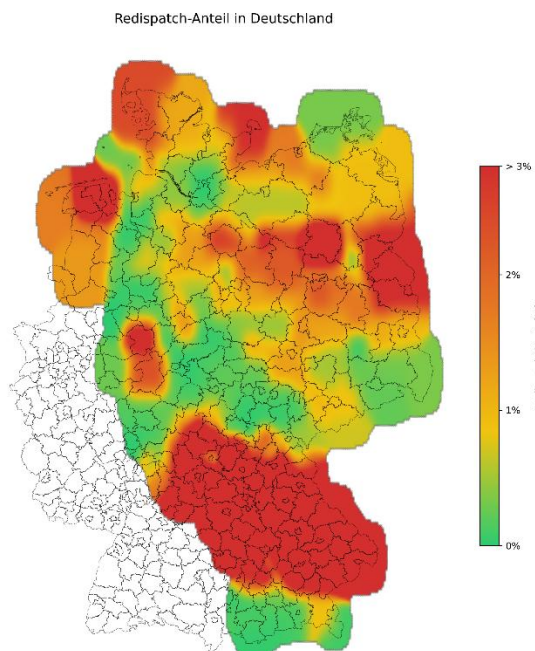
Ein erneuerbares Energiesystem wird das günstigere, resilientere, friedlichere und nachhaltigere System im Vergleich zu allen Alternativen sein. Das Zeitalter von Atom, Öl und Gas geht weltweit zu Ende. 92 % des Kapazitätszubaues waren weltweit im Jahr 2025 erneuerbar. Der Markt hat längst entschieden. Deswegen muss es aus unserer Sicht darum gehen aufzuklären, Ängste ernst zu nehmen, soziale Härten abzufedern, die Transformation hinsichtlich ihrer effizienten Ausgestaltung kritisch zu begleiten. Die Erneuerbaren sind die aktuell günstigste Form der Energieerzeugung, was sich jedoch noch nicht in allen Preissignalen widerspiegelt. Dies liegt unter anderem am Merit Order System, immer noch bestehenden immensen Subventionen des fossilen Systems, Nichtberücksichtigung von Folgekosten der fossilen oder atomaren Alternativen sowie Systemkosten die zu großen Teilen fälschlicherweise den Erneuerbaren angelastet werden.

Als Landesverband in einem Bundesland, das stets Vorreiter der Energiewende war und dadurch zu den Transformationsgewinnern gehören wird, möchten wir in diesem Papier eine Einordnung der aktuellen Vorschläge aus dem BMWK aus schleswig-holsteinischer Sicht vornehmen.

Kritische Schlüsselpunkte aus den derzeit kursierenden Gesetzesvorhaben des BMW

Der „Redispatch-Vorbehalt“ aus dem Netzepaket-Leak

Der Redispatch-Vorbehalt soll den Netzanschluss für Erneuerbare in Regionen mit jährlich über 3 Prozent abgeregeltem Strom begrenzen. Für zehn Jahre sollen Anlagenbetreiber auf Entschädigungen bei Abregelungen verzichten, was die Finanzierung neuer Projekte erschwert. Der als Maßstab genutzte 3-Prozent-Wert ist fragwürdig, da die Regierung nicht darlegen kann, wo er überhaupt gilt. Der BEE e.V. zeigt eindrücklich auf untenstehender Karte, dass ein Redispatch-Vorbehalt in weiten Teilen Deutschlands den Ausbau erneuerbarer Energien verlangsamen und stoppen würde. Hier ist ausdrücklich nicht nur Schleswig-Holstein, sondern insbesondere auch Bayern betroffen.



Die Kraftwerksstrategie

Der derzeitige Konflikt zwischen den USA und dem Iran zeigt erneut die Verwundbarkeit unserer fossilen Import-Abhängigkeit. Vor diesem Hintergrund erscheint es unklug, die Kraftwerksstrategie ausschließlich auf staatlich subventionierten, fossilen Erdgas-Kraftwerken zu basieren. Die Tatsache, dass die Wirtschaftsministerin explizit bei dem Unternehmen EnBW nach Argumenten gefragt hat, um große Batteriespeicher gegenüber Gaskraftwerken zu benachteiligen, ist ein eklatanter Verstoß gegen die gerne propagierte Technologieoffenheit.

Wer eine resiliente und klimafreundliche Energieversorgung anstrebt, sollte bei den Backup-Kapazitäten eine größtmögliche Unabhängigkeit von fossilem Erdgas erreichen. Mit Batteriespeichern, grünem Wasserstoff und der flexiblen Bioenergie gibt es auch erneuerbare Optionen, die ihren Teil dazu beitragen können.

EEG-Entwurf: Ausgestaltung eines europarechtlich konformen Fördermechanismus

Das eine europarechtskonforme Novellierung des jetzigen Fördermechanismus umgesetzt werden muss, ist seit langem bekannt. Spätestens ab 1.1.2027 muss diese in Kraft getreten sein. Diese Anpassung könnte auf einfache Art mit einem produktionsabhängigen CfD mit Marktwertkorridor umgesetzt werden. Die Zeit drängt, da sowohl Projektierer als auch Finanzierer auf Planungssicherheit angewiesen sind. Angesichts der oft mehrjährigen Planungsphase von Projekten war die Dringlichkeit bereits zum Ende der Ampel-Regierung erkannt. Ein weiteres Hinauszögern der Umsetzung wird deshalb eine Delle beim Ausbau der Erneuerbaren nach sich ziehen.

EEG-Entwurf: Wegfall der Förderung und Erhöhung der Hürden für Kleinst-PV Anlagen

Der Photovoltaikausbau erfreut sich in Deutschland hoher Zustimmungswerte. Der in der EEG-Regelung festgeschriebene Kompromiss mindestens 50% des Ausbaus auf oder an Gebäuden zu leisten, wurde ein potenzieller Konflikt zwischen den verschiedenen Interessengruppen, Landwirtschaft, Umweltschutz und Energieerzeugung in einen Kompromiss verwandelt. Außerdem ist Dach PV für die Akzeptanz ein wichtiger Pfeiler, da hier viele Menschen die Möglichkeit gegeben wird selbstständig an der Energiewende zu partizipieren und im Alltag zu erleben. Auch Menschen die heute noch nicht die Amortisationszeit über hohen Eigenverbrauch (E-Auto und Wärmepumpe) verkürzen können, sollten an der Energiewende teilhaben.

EEG-Entwurf: Geringe Ausschreibungsmengen

Insbesondere für die Bioenergie und Windkraft an Land braucht es erhöhte Ausschreibungsmengen. Wir sehen, dass bei beiden Erzeugertechnologien die Ausschreibungen momentan deutlich überschrieben sind. In der Bioenergie stehen zusätzlich viele Betreiber vor dem Auslaufen der ersten Förderperiode. Das muss in den Ausschreibungsmengen berücksichtigt werden. Die 500MW in der Resilienzausschreibung aus dem EEG-Leak sollte zusätzlich sein und nicht von den 10 GW Ausschreibungsmenge von Wind an Land abgezogen werden.

EEG-Entwurf: Streichung des Strommengenpfades als wichtiges Regulativ

Das ersatzlose Streichen des Strommengenpfades (§4a EEG) bedeutet, dass eine wichtige Stellschraube für das Anpassen der Ausbaugeschwindigkeit der erneuerbaren Energien wegfällt. Um die Klimaziele zu erreichen, ist eine stete Kontrolle des Ausbaus und eventuelle Nachsteuerung mittels dieses Instruments unerlässlich.

GMG-Eckpunktepapier

Die Energiewende im Wärmesektor senkt die Kosten für Unternehmen und Haushalte langfristig: Wärmepumpen, Solarthermie, Bioenergie bzw. Biomasseheizungen sowie Geothermie und Nah- sowie Fernwärme aus Erneuerbaren ersetzen schrittweise teure Gas- und Ölimporte durch heimische, preislich stabile Energiequellen. Der Umstieg erfordert Investitionen - rechnet sich aber über sinkende Brennstoffkosten und vermiedene CO₂-Abgaben meist innerhalb weniger Jahre. Die Novelle des GMG und die weiteren wärmepolitischen Gesetzgebungen müssen dieser Realität Rechnung tragen.

Der zeitlich unambitionierte Vorschlag der Biotreppe mit allen Unklarheiten in der Ausgestaltung als Ersatz für das klare 65% Ziel wäre ein großer Rückschritt. Neben dem Ausbau der Erneuerbaren ist auch der Hochlauf auf der Verbraucherseite notwendig. Zu suggerieren, das im Wärmesektor aktuell kein akuter Handlungsbedarf bestünde oder ein zeitlich verzögerter Angang irgendwelche volkswirtschaftlichen Vorteile mit sich bringen würde ist in keiner Weise gerechtfertigt. Insbesondere Bevölkerungsgruppen die zukünftig steigenden Öl- und Gaspreisen nicht ausweichen können, könnten hierdurch in einer fossilen Sackgasse landen, aus der der Staat sie am Ende teuer befreien müsste.

Wertschöpfungsstudie: Veröffentlichung wurde herausgezögert

Eine am 21.04.26 vom BMWV veröffentlichte regionale Wertschöpfungsstudie zum Ausbau und Betrieb erneuerbarer Energien wurde über ein halbes Jahr zurückgehalten, während die Diskussion über Kosten der Energiewende immer wieder prominent geführt wurde. Es stellt sich die Frage, ob die Nutzenseite bewusst ignoriert wird.²

Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Gesetzesvorhaben mit Blick auf Schleswig-Holstein

Ein Grundstoff für das zukünftige Energiesystem ist Wasserstoff, der aus erneuerbarem Strom gewonnen wird. Eine Reduzierung des Ausbaus Erneuerbarer Energien und das damit einhergehende sinkende Angebot an erneuerbaren Energien bei erhöhtem Strombedarf erschwert den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft erheblich. Fehlende heimische Erzeugungskapazitäten für grünen Wasserstoff sorgen für erhöhte Importabhängigkeit von zum Teil autokratisch regierten Staaten. Weiterhin verliert Deutschland dadurch sowohl Industrieknowhow in der Fertigung von Elektrolysekomponenten mangels heimischer Nachfrage sowie die dazugehörigen Industriearbeitsplätze. Auch hier werden weitere Abhängigkeiten von Technologielieferanten forciert.

Der einseitige Fokus auf fossiles Erdgas in der Kraftwerksstrategie hat bereits heute Auswirkungen auf die Planungen zur Errichtung des Kernnetzes. Sofern die Anzahl an H₂-Kraftwerken signifikant reduziert werden, reduziert sich auch deren Funktion als Ankerkunden und Verbraucher im Kernnetz. Das hat zur Folge, dass das Kernnetz insgesamt kleiner dimensioniert wird und potenzielle H₂-Produzenten mögliche Ankerkunden im System verlieren.

² https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/staerkung-der-regionalen-wertschoepfung-durch-erneuerbare-energien.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Landesverband Erneuerbare Energien Schleswig-Holstein e. V.
Marcus Hrach, Geschäftsführer
Walkerdamm 1
24103 Kiel

Website: www.lee-sh.de

Mail: hrach@lee-sh.de